## **EUROPA**

- Flüchtlingssondergipfel zu "Hotspots" an EU-Außengrenzen auf Initiative von Bundeskanzler Werner Faymann
- Klage gegen Subventionierung des AKW Hinkley Point
  Österreich hat auf Betreiben von Kanzler Werner Faymann beim EuGH Klage
  gegen die Genehmigung staatlicher Beihilfen für den Bau des Atomreaktors
  Hinkley Point C in Großbritannien eingebracht.
- Rederecht für EU-Abgeordnete und hochrangige Persönlichkeiten aus der Politik im Nationalrat
- Europaweite Jugendgarantie nach österreichischem Vorbild
- **Finanztransaktionssteuer:** Einführung derzeit von elf EU-Staaten in Form verstärkter Zusammenarbeit gewünscht; Initiative von Bundeskanzler Werner Faymann
- EU-Finanzrahmen: Kanzler Faymann konnte in langen Verhandlungen sicherstellen, dass der ländliche Raum in Österreich aus dem EU-Budget 700 Mio. Euro zusätzlich erhält und der Ausbau der Infrastruktur mit 430 Mio. Euro mehr gefördert wird (Semmering- und Koralmtunnel). Gleichzeitig konnte der österreichische EU-Nettobeitrag auf 0,31 Prozent unserer Wirtschaftsleistung gesenkt werden.
- Beschluss Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) zur raschen Stabilisierung des gemeinsamen Währungsraums; Mitwirkungsrechte des Nationalrates
- Pakt für Wachstum und Beschäftigung: Milliardeninvestitionen und Maßnahmen für neue Arbeitsplätze und neues Wachstum. Fiskalpakt sieht vor, dass die Mitgliedstaaten übermäßige Defizite vermeiden.
- Neue EU-Finanzmarktarchitektur: Gemeinsame Bankenaufsicht durch EZB als "Frühwarnsystem für Bankenpleiten"; Abwicklungsfonds (Banken sollen Pleiten selbst finanzieren); gemeinsame Einlagensicherung folgt
- Europäische Bürgerinitiative: Seit 1. April 2012 können EU-BürgerInnen die EU-Kommission auffordern, einen Gesetzesvorschlag zu machen.